

Bezugspreis*) monatl. M.
bei der Gesellschaft. 4 800 000
beiden Ausgaben. 5 000 000
durch Zeitungsab. 5 200 000
durch Post 5 512 000
einschl. Postgebühren
ins Ausland 8 000 000 v. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Vernr. 2273. 3110. Teleg.-Abt.: Tagblatt Posen.

Bei höherem Gewalt. Betriebsstörung. Arbeitsniederlegung oder Ausschaltung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Rückerstattung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Geschenk
an allen Werktagen.

Anzeigenpreise:
1. d. Millimeterzeile im
Anzeigeneil innerhalb
Polens 80 000 M.
Reklameteil 200 000 M.

*) Sonderplatz 50% mehr
für Aufträge | Millimeterzeile im Anzeigeneil 80 000 M.
aus Deutschland | *) Reklameteil 200 000 M.

Postcheckkonto für Polen. Nr. 200 283 in Polen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Wer ist berufen?

An sich selbst zu arbeiten, seine natürlichen Gaben und Kräfte zu entwickeln, sein Wesen zu vervollkommen, ist Aufgabe jedes einzelnen Menschen.

An sich selbst zu arbeiten, ihre natürlichen Gaben und Kräfte zu entwickeln, ihr Wesen zu vervollkommen, ist auch die Aufgabe jeder Volksgemeinschaft.

Sein Wesen zu vervollkommen und dabei Pole zu bleiben, ist Aufgabe des Polen.

Sein Wesen zu vervollkommen und dabei Deutscher zu bleiben, ist Aufgabe des Deutschen. Auch des Auslandsdeutschen. Auch des Deutschen, der Bürger des polnischen Staates ist.

An der Erfüllung dieser Aufgabe zu arbeiten, ist Pflicht des Deutschen in Polen gegenüber dem Volkgang, und es ist sein Recht, denn der polnische Staat hat, als er in seiner jetzigen Gestalt geschaffen wurde, die Verpflichtung übernommen, die Eigenart der nichopolnischen Minderheit seiner Staatsbürger zu achten und zu schützen.

Wer ist berufen, an der Erfüllung dieser Aufgabe zu arbeiten?

Die einen sagen: "Das ist Sache des Führer, der Leute, die von Beruf wegen dazu da sind, den andern kulturell und wirtschaftlich die Wege zu weisen. Sie sollen uns zusammenrufen, uns bieben, was sie können, uns sagen, was wir zu tun haben. Wir werden ihnen folgen."

Die andern sagen: "Ach was, — Führer! Ich bin mit selbst Führer genug. Ich brauche mir von keinem anderen den Weg zeigen zu lassen. Ich weiß selbst, was ich zu tun habe. Wenn ich in meinem Hause deutsch spreche und darauf achte, daß das Leben in dem Hause einen deutschen Zuschnitt behält, dann brauche ich keinen Führer, dann pflege ich eben das Deutschtum."

Beide haben Recht und beide haben Unrecht.

Gewiß sind in erster Linie die "Führer" berufen, an der Erfüllung der Aufgabe zu arbeiten, um die es sich handelt. Aber — kommen alle, wenn die Führer rufen, sind alle da wenn einmal — was jetzt selten genug vorkommt — ein auswärtiger Gelehrter einen deutschen Vortrag hält, wenn einmal ein deutscher Dichter aus seinen Werken vorliest, wenn einmal deutsche Musik gemacht wird? An der Erfüllung der Aufgabe arbeiten nicht nur die Gebenden und Organisierenden, sondern auch die Nehmenden. Und es ist keine Erfüllung der Aufgabe, wenn einem Gebenden statt der Hunderte, zu denen er sprechen müßte, kaum zwei Dutzend Nehmende gegenübersitzen.

Und gewiß ist es auch schon Pflege des Deutschtums, wenn Ihr zu Hause deutsch spricht und auf Wahrung deutlicher Seite achtet. Aber damit ist noch nicht alles getan. Es ist ja sehr schön und sehr vornehm und sehr genierlich, wenn jemand, der zu Hause gute Bücher, schöne Bilder, gute Noten und ein Klavier hat, für sich ganz allein oder im ganz kleinen Kreise diese Dinge auf sich wirken läßt und sich dadurch über die materielle Wirklichkeit mit ihren Ungerechtigkeiten und Häufigkeiten hinaushebt. Und es ist zweiteilos sehr schön außerordentlich wert und beseidenswert, wenn jemand, der den Fortschritt, die nötige Vorbildung und die äußere Möglichkeit des Fortschritts hat, sich zu Hause in seine Bücher vergräbt, sich von den Flügeln des Geistes von Blatt zu Blatt tragen läßt, sein Wissen bereichert, neue Wahrheiten entdeckt und sich ein eigenes Weltbild formt. Aber — wem viel gegeben ward, von dem wird auch viel gefordert. Es gibt viele, die das nicht können und die doch gern von dem geistigen Reichthum des anderen ein Almosen nehmen würden, viele, die froh wären, wenn andere sie an ihrem geistigen Leben teilnehmen lassen würden.

Wie viele von denen, die Gebende sein könnten, sind es wirklich? Wie viele von denen, die Führer sein könnten und müssen, machen von dieser Fähigkeit willkürlich Gebrauch, kommen ihrer Führerplicht wirklich nach? Verschwindend wenige.

Zimmer wieder erleben wir es, daß gerade die, die durch Ihren Beifall, ihre Kenntnisse und ihre Stellung dazu bestimmt sind, die andern zu fördern, absens stehen, sich der Pflicht des Zusammenwirks entziehen. Die Gründe, die dafür ausgeführt werden, sind meist nicht stichhaltig. Denn andere, die diese Gründe auch anführen könnten, lassen sich doch dadurch nicht abhalten.

Alle sind berufen. Die Tätigkeit der Führer allein genügt nicht, so wichtig sie auch ist. Und die selle Arbeit des Einzelnen an sich genügt auch nicht, so hoch sie auch zu bewerten ist. Auf das Zusammenwirken kommt es an, auf den lebendigen Zusammenhang jedes Einzelnen mit dem Ganzen, auf die daneben gegeenseitige geistige Beurachtung.

Klagen werden laut über ein Absinken des geistigen Lebens unter uns, über die Veränderung der Wege, die zu günstiger Anerkennung und Beschränkung führen. Wer so sagt, ist selbst schuld, daß es so ist. Das geistige Leben ist da, — er meint es nur nicht. Auch hier heißt es: "Suche, und Ihr werdet finden!" Die meisten wollen aber nicht suchen.

Gebend und nehmend zusammenwirken und miteinander in lebendigem Zusammenhang bleiben, — das ist unsere Pflicht. Und dann sind alle berufen.

Eine Proklamation des neuen Außenministers.

In der Dienstagsssitzung des Auslandsausschusses des Sejm hielt Außenminister Graf Bamohski ein Exposé, in dem er unter anderem sagte: "Von unserem Standpunkt aus ist zu den wichtigsten Ereignissen in Europa die sich vollziehende Änderung der bisherigen Stellung der europäischen Staaten zum Verband der Sowjetrepubliken zu rechnen. Diese Änderung hat in der de jure-Anerkennung der Sowjetrepubliken durch England und Italien und im Abschluß des russisch-italienischen Vertrages ihren Ausdruck gefunden. Das Betreten dieses Weges wird auch von einer Reihe anderer Staaten erwogen. Die Folge wird sein, daß der Verband der Sowjetrepubliken in formelle Beziehungen zu den Staaten Westeuropas tritt, was, wie ich hoffe, die Garantie der Friedenspolitik unseres Nachbars im Osten stärken wird. Die Anerkennung wird die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den anderen Staaten, an der auch wir teilnehmen wollen, im Gefolge haben. Eben von dieser Absicht getragen, legte die Regierung in den Institutionen für den neuen Gesandten Taromski Nachdruck auf seine Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet, parallel dem politischen. Im übrigen zeugt schon die Wahl unseres Vertreters vor der Richtung unserer Politik. Natürlich ist die Grundlage unserer Beziehungen zum Verband der Sowjetrepubliken der Nigaer-Vertrag, zu dessen voller Erfüllung wir streben werden."

Zu unserer westlichen Nachbarn übergehend, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken auf die heute alle interessierende Frage der Sanierung der Finanzsituation Deutschlands und die Lösung des Sanierungsproblems. In kürzer Zeit muß es sich zeigen, ob es der deutschen Regierung gelingen wird, der Finanzlage auf die Dauer Herr zu werden und die Sanierung durchzuführen, oder ob Deutschland hier eine weitere Verschlechterung droht, womit die Zeit ernsthafter innerer Verwicklungen, deren Zeugen wir im vergangenen erblickten, zurückkehren würde.

Leider gibt uns der Zustand der Gemüter in Deutschland noch nicht die Sicherheit, daß der Staat den Friedlicher Entwicklung auf Grund der durch die Verträge bedingten wirtschaftlichen Schlämpe betreten wird. Das weist

auf die Notwendigkeit hin, mit den Staaten, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, über die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung normalen Zusammenlebens der Völker auf dem europäischen Kontinent zu wachen, in enger Führung zu bleiben. Im Hinblick darauf ist der Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei mit Befriedigung zu begrüßen.

Es ist zu erwarten, daß die Zauerfrage, die sich jetzt in der Hand der Grenzforschungskommission befindet, bald erledigt sein wird. Obwohl sie einige unerwartete Forderungen nicht entsprechend Wendung genommen hat, kann sie doch nach endgültiger Entscheidung in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten weiter keine Rolle spielen.

Unvergleichlich wichtiger ist die Memelfrage, die für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Staates von weittragender Bedeutung ist.

Auf die Frage der Finanzsanierung in Deutschland zurückzukommend, bemerke ich, daß sie eng verbunden ist mit dem Reparationsproblem, das für unseren großen Verbündeten im Westen von großer Bedeutung ist und eine der Hauptzwecke seiner Politik bildet. Diese Frage, sowie die Sicherheit Frankreichs und des Friede Europas, die seit langem den Hauptzweck der politischen Aussprachen zwischen den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens bilden, treten heute angesichts des Regierungswechsels in England in eine neue Phase. Es liegt kein Grund vor zu der Annahme, daß die Regierung der Labour Party von der bisherigen Linie der englischen Politik erheblich abweichen wird.

Gleich zu Beginn meiner Tätigkeit fällt mir die Aufgabe zu, auf der Konferenz der Balkanstaaten, die am 15. Februar in Warschau beginnt, die Rolle des Hausherrn zu übernehmen. Ich lege starken Nachdruck darauf, daß es sich hier nicht um eine gegen jemanden gerichtete Verdächtigung handelt, sondern nur um positive Arbeit an der Entwicklung unserer Länder auf dem Boden des Friedens."

Die Bereidigung des neuen Außenministers.

Außenminister Bamohski wurde am Dienstag im Audienzsaal des Belvedere vom Staatspräsidenten vereidigt und hatte darauf eine längere Konferenz mit dem Präsidenten.

Hilton Youngs Gutachten über die politische Lage Polens.

Der Bericht, den der englische Finanzberater Polens, Herr Hilton Young, dem Ministerpräsidenten und Finanzminister Grabski überreichte, enthält folgende Hauptpunkte:

1. Allgemeine Bemerkungen über die Finanzlage. Die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten Polens find eine Folge der Teilung und der Desorganisation und Verstörung durch den Krieg. Die richtige Wirtschaftlichkeit des Finanzsystems hängt von drei Faktoren ab: Von der Gewöhnung der Bevölkerung an das Steuerhinter, von der Verbreitung des Verantwortlichkeitsgefühls unter der Bevölkerung und von der Vorbildung und der Erfahrung der Finanzbeamten. Polen hat günstige Voraussetzungen für die Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten: Natürliche Reichtümer, eine starke organisierte Industrie und ein arbeitsames und begabtes Volk. Außerdem hat Polen nur geringe Staats Schulden und kleine Entschädigungspflichten. Die Ungünstigkeit der gegenwärtigen Lage besteht darin, daß es im Lande an Geld mangelt, daß es ihm an Kredit fehlt und daß das Vertrauen zur Mark fehlt, — die Folge dieser Dinge ist die Abwendung von der geregelten Produktion zur Spekulation.

2. Die Ursachen der gegenwärtigen Lage: Die Quelle des Übels ist die Inflation, der übermäßige Druck an Banknoten, der bei längerer Fortdauer zur Katastrophe führen muß.

3. Die Mittel der Besserung. Die Inflation ist das Ergebnis des Defizits im Staatshaushalt. Also müssen die fehlbeträgt befeitigt werden. Das muß geschehen durch Vermehrung der Einkünfte mit Hilfe der Steuern und durch Anleihen sowie durch Verminderung der Ausgaben, — und dieses letztere ist das wichtigste der drei Mittel. Alle genannten Mittel müssen gleichzeitig angewandt werden. An erster Stelle muß die Verminderung der Ausgaben stehen, an zweiter Stelle die Gewinnung von Anleihen, an dritter die Vermehrung der Einnahmen. Es muß neues gefundenes Geld eingesetzt werden.

4. Die Bindung der Budgetreform mit der Münzreform. Eine neue Valuta darf nicht ausgegeben werden, so lange daß Defizit nicht beseitigt ist. Die Münzreform muß sofort gelingen. Die Regierung muß daher mit der Einführung des neuen Gelbes bis zum Aufhören der Inflation warten.

5. Die Budgetreform. Die Einstimmigkeit, mit der die Volmachten für die Regierung beschlossen wurde, ist ein ruhiges Zeugnis des Patriotismus des polnischen Volkes und seiner Entschlossenheit, der Finanzmisere ein Ende zu machen. Seit der Vorlage des Staatshaushaltspfanes für das Jahr 1924 wird als Sanierungsmittel das Ermächtigungsgesetz angewandt.

und dabei wird die Valorisierung eingeführt, die Vermehrung der Steuereinkünfte und die Abschaffung des Eisenbahnhauptsplans. Im Dezember und im Januar gab es starke Fehlbeträge im Staatshaushaltplan. Die Erwartung günstiger Ergebnisse im Februar hängt auf das Ergebnis der Vermögenssteuer und auf die Valorisierung. In der nächsten Zukunft wird der Staat als Höchstbetrag seiner Einkünfte 860 Millionen Goldtaler jährlich erreichen können. Die Ausgaben müssen bis auf diesen Betrag verringert werden (monatlich bis 75 Millionen Goldtaler).

6. Die Vermehrung der Einkünfte. Das Haupthindernis liegt hier nicht in der Zahlungsfähigkeit der steuerpflichtigen Bevölkerung, sondern in der Schwierigkeit ihrer Steigerung. Notwendig ist eine Verstärkung der Einkommensteuer.

7. Die Verminderung der Ausgaben. Die Frage der Verminderung der Ausgaben für die Armee kann nicht durch die Staatsmänner des Landes, um das es sich handelt, selbst gelöst werden. Das Eisenbahnsystem müßte einige Zeit hindurch auf seines jeigen Entwicklungsfestebleiben, wobei eine Erhöhung der Taxe und die Abschaffung der Kreisfahrlizenzen stattfinden müßte. Der Staat muß Post und Telegrafen, Staatsdruckereien und Munitionsanstalten in seiner Hand behalten, dagegen seine Anteile an industriellen Unternehmen, seine Fabriken, Röhrenleitungen und die staatlichen Heilquellen verpachten oder verkaufen.

8. Die Münzreform und die Kreditbank. Die Sanktionen der Emissionsbank sind schon veröffentlicht und bestätigt worden. Sie richten sich auf eine gesunde Grundlage. Der Staat darf sich an dem Kapital der Bank nicht beteiligen. Die Bezeichnung muß vorzeitig und bei gleichzeitiger Valenzierung des Budgets stattfinden.

9. Die Regierung muß sich Anleihen verschaffen, soweit sie nur kann. Innere Anleihen sind besser als äußere, da sie das Geld nicht aus dem Lande herausbringen. Sie müssen auf Gold gestützt sein, kurzfristig und mit hoher Vergütung. Eine ausländische Anleihe kann Polen bekommen, wenn es die gegenwärtigen Schwierigkeiten mit eigenen Kräften überwunden haben wird. Nach Durchführung der Finanzreform muß Polen ohne Bezug ausländische Anleihen aufnehmen und zu ihrer Sicherstellung vielleicht die Eisenbahnen veräußern. Polen muß freies Kapital suchen, um seine finanzielle Position zu stärken, den Kurs der Valuta zu schützen und die Mittel für den Ausbau in die Hand zu bekommen. Aber das muß erst nach der Sanierung geschehen.

Die Lage der polnischen Industrie.

Der Kampf mit der Krise.

Aus Warschau wird gemeldet: Zum Zweck der Milberung der Industrie hat der Wirtschaftsausschuss des Ministeriums für notwendig erachtet, daß der Außenminister der Umweltneuer vom Export einziger Industriearteile auf 1 Prozent herabsetzt, daß die Ausfuhr gebühren für Petroleumprodukte aufgehoben werden, ferner daß der Minister des Sejm verhängt beziehend der Eindämmung der Emissionen über die Verminderung der Feuer, ferner daß die Kohlenneuer für die Eisenhütten, Bleihütten, Gießhütten, Gummifabriken und gewisse chemische Anstalten herabgesetzt wird. Die Kategorie und die Höhe der Herabsetzung der Steuer wird der Handels- und Industrieminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister festlegen.

Die Lage in Lodz.

Nach der Darstellung der Lodzer Blätter hat sich die Lage in der Lodzer Textilindustrie im Laufe der letzten Tage ein wenig ge-

bessert. Diese Besserung betrifft vor allen Dingen die Baumwollindustrie, die Ausfuhren auf leichteren Abfall der Sommerwaren hat. Der Zutritt der Kaufleute aus der Provinz, die zu Hause bereit sind nimmt zu. Die Preise in den Fabriken sind nach der Einführung des Goldwechsels und der Valorisierung der offenen Rechnungen durchschnittlich um 3- bis 40 v. H. gestiegen. Im Zusammenhang mit der stärker gewordenen Lebhaftigkeit des Handels debüttigen einige Baumwollindustriemülingen, die Zahl der Arbeitstage in der Woche zu vermehren. Sie legt hin zwischen den Arbeitern und den Industriellen geöffnete Abmachungen bezüglich des valorisierten Goldtariffs ist schon in Kraft getreten und auf dieser Grundlage wurden von schon zum ersten Male Wände berechnet und ausgezahlt.

1 Dollar	= 930 000 Mfp.
1 Valorisationsfrank..	= 1 800 000 Mfp.
1 Danziger Gulden ..	= 1 627 500 Mfp.
1 Goldmark	= 2 215 500 Mfp.

Republik Polen.

Die Warschauer deutsch-polnischen Verhandlungen.

In den nächsten Tagen beginnen in Warschau deutsch-polnische Verhandlungen in denen die in Dresden begonnenen Verhandlungen fortgesetzt und zu Ende geführt werden sollen. An der Spitze der polnischen Delegation wird Witold Brudziński stehen. Den Vorsitz der deutschen Delegation wird Regierungsrat von Stockhammern führen.

Die endgültige Festsetzung der Grenzen im Jauergebiet.

Der Botschafterrat hat die polnisch-tschechische Grenzkommission von der Entscheidung des Völkerbundes über die Jauer-grenzfrage unterrichtet und sie aufgefordert, bis zum 15. d. M. s. ihre Vorschläge bezüglich der Festlegung einer neuen Grenze nach dem Gutachten des Völkerbundes und im Sinne der Entscheidungen des Haager Schiedsgerichtshofes vorzulegen. — Die Grenzkommission ist in Bern zum Zweck der Festlegung der Grenze im Jauer Gebiet zusammengetreten.

Polens Vertreter im Hygiene-Ausschuss des Völkerbundes.

Wie aus Genf gemeldet wird, ist der ehemalige Gesundheitsminister Dr. Chodzko, nun 51-jähriger Mitglied der neu konstituierten Völkerbundskommission für Hygiene einstimmig gewählt worden. Die Amtsdauer wurde zuerst der Saison die im November vor Jahren in Paris stattfand, vom Völkerbundsrat ausgestellt.

Die Bekämpfung der Geheimorganisationen.

Der Verwaltungsausschuss des Sejm hielt am Mittwoch eine geheime Sitzung ab, in der der Antrag der Sozialisten, der Abzwolene, der Volksfeind sowie des Nationalen Volksverbandes, der Christlichen Demokratie und der Christlich-Nationalen über die Geheimorganisationen erörtert wurde. Nach der Aussprache nahm der Ausschuss einen Antrag des Abg. Kozicki vom Nationalen Volksverband an, in dem die Wahl eines Sonderausschusses aus 5 Mitgliedern zur genauen Prüfung des alle aufgedeckten Geheimorganisationen betreffenden Materials verlangt wird. Die Resultate der Prüfung sollen dem Staatsausschuss und dem Verwaltungsausschuss vorgelegt werden. Der Ausschuss nahm ferner einen Antrag des Abg. Praeger an, in dem die Regierung zu weiterer energischer Bekämpfung von Verschwörerorganisationen aufgefordert wird.

Die erste Gerichtsverhandlung wegen der Krakauer Vorfälle.

Am Sonnabend hatte sich vor dem Kriegsgericht in Krakau der Oberst des 16. Fußregiments Józef Gogiel zu verantworten, der wegen Entführung von Unzufriedenheit im Heere angeklagt war. Dies ist der erste in einer ganzen Reihe von Prozessen, die im Zusammenhang mit den Krakauer Vorfällen stehen. Nach dem Zeugenverhör, sowie Ansprachen des Staatsanwalts und Verteidigers Dr. Herk, sowie einer sehr langen Beratung sollte das Gericht das Urteil, welches Gogiel von dem Vergehen, er habe Unzufriedenheit in den Soldatenreihen geschürt, freispricht, dagegen ihn für die nachteilige Kritik des Leiters des Militärpostens Mar-Lowaski zu 14 Tagen Haftstrafe verurteilt.

Die Verwendung der Ergebnisse der Eisenbahn-anleihe.

Die aus der Eisenbahnanleihe erlangten Geldeinheiten, wie der Ministerpräsident in einer Besprechung mitteilte, vor allem für Investitionen und die Vergrößerung des Fuhrparks, insbesondere der Zahl der Kohlenwagen zur Ausfuhr der österreichischen Produkte, verwendet werden, ferner für den Bau neuer Strecken, vor allem in Oberschlesien.

Antrag auf Auslieferung des jüdischen Senators Wloes Deutscher.

Wie polnische Blätter berichten, hat die Staatsanwaltschaft in Krakau einen Antrag auf Auslieferung des Senators Deutscher gestellt. Dieser wird befreidigt, in Krakau einen Richter beleidigt zu haben. Deutscher ist in der Wojewodschaft Kleine gewählt, von Beruf Seher und Leiter einer Druckerei.

Die jetzigen Zollverordnungen in Polen.

Im Zollgebiete Polens sind gegenwärtig folgende Verordnungen verbindlich:

1. Die Umrechnung der Säye des Goldmarkes von 1919 in Goldfranken ist veröffentlicht im Dz. u. R. P. Nr. 185 Pos. 1123 aus dem Jahre 1923. (Verordn. v. 18. 12. 23.)

2. Die Art und Weise der Erhebung des Zolls in polnischer Mark ist festgestellt im Dz. u. R. P. Nr. 125 Pos. 1124 (Verordn.

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von Otto Verndt.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

„Keine Übereilung, meine Herren, das ist natürlich ein ganz vager Verdacht. Wo soll der Gemme die vergifteten Dinger hergeholt haben? Wie kam das starke Morphium in das Pulver? Was hatte der Kutschler für einen Grund, seine Herrschaft zu ermorden, bei der er es gut hatte und deren Tod ihm gar keinen Vorteil brachte?“

Dr. Cromer nickte.

„Also —“

„Im Augenblick läßt sich gar nichts sagen, aber ein Papier schnürlchen war bisweilen der erste Hinweis auf eine Spur, warum soll es nicht auch eine Tüte Konfekt sein! Zu welchem Einwohnermeldeamt ist Hestungen zuständig?“

„Es ist eigene Gutsverwaltung und der Gutsbesitzer meistens auch Amtsleiter. Seit dem Tode des Herrn Gerhardt hat der Landwirt Schröder in dem kleinen, am Fuße des Schloßberges gelegenen Dorfe Hellungen die Funktion des Amtsleiters übernommen.“

„Könnten wir einmal zu ihm gehen? Das heißt, mir liegt daran, daß niemand, also auch nicht der Gutsbesitzer irgendetwas ahnt. Ich möchte also diesem auch meinen Namen und Beruf nicht nennen, sondern nur als Privatmann mich nach einigen Dingen erkundigen.“

„Und dann?“

„Dann werde ich im Verbrecheralbum nachsehen und Erkundigungen nach dem Herrn Gemme einzehlen. Wenn ich nur eine Photovorlage hätte!“

Notar Winkler fiel ein:

„Die habe ich vielleicht. Fräulein Gerhardt hat sich vor einiger Zeit von meinem Sohn photographieren lassen, wie sie in ihrer Equipage vor unserer Tür hielt. Da sah Gemme auf dem Bock, vielleicht genügt das.“

„Wenn es scharf ist!“

„Haben wir hier noch zu tun?“

o. 15. 12. 23.) — Der Zoll wird in polnischer Währung nach der in Goldfranken ausgeführten Zolle mit dem jetzigen im Monat Polen veröffentlichten amtlichen Kurs des Goldfrankens erhoben. Dieser Kurs bildet den vollen Multiplikator; es unterliegen ihm die Waren, die früher nach dem sogenannten normalen Multiplikator versteuert werden. Nach der Multiplikation mit dem vollen Kurs des Goldfrankens ist dieser Zoll gegenwärtig „der normale Zoll“ und wird daher von den Waren bezahlt, die im Dz. u. R. P. Nr. 118 aus dem Jahre 1923 Pos. 983 (Verordn. v. 16. 11. 1923) und im Nr. 8 aus dem Jahre 1924 Pos. 19 (Verordn. v. 5. 1. 24) veröffentlicht sind.

Außer der Liste derjenigen Waren, die dem normalen Zoll unterliegen, gibt es auch eine Liste solcher Waren, die der Pflicht der Zollbegleichung in Goldfranken unterliegen (Dz. u. R. P. Nr. 118 aus dem Jahre 1923 Pos. 984. Verordn. v. 16. 11. 1923). Das Verhältnis des Goldfrankens das auf Grund dieser Verordnung angenommen werden kann, ist im Dz. u. R. P. aus dem Jahre 1923 Nr. 135 Pos. 1125 (Verordn. v. 21. 12. 23) mitgeteilt.

4. Ferner gibt es Waren solcher Waren, die dem erleichterten Zoll unterliegen: Verordn. v. 18. 12. 23 über die Zollleichterungen (Dz. u. R. P. Nr. 135 aus dem Jahre 1923 Pos. 1126). Auf Grund dieser letzteren Verordnung bezahlt eine Reihe von Waren erleichterten Zoll, der 20, 20 oder 40 Prozent des normalen Zolls beträgt, wobei diese Waren den erleichterten Zoll entweder automatisch, ohne irgendwelche Vorbehabe oder Eingaben, oder auch auf Grund der jeweils erleichterten Genehmigung bezahlen (Entscheidung des Finanzministeriums an die Zollkammer).

5. Sämtliche gemäß § 9 der Verordnung über Zollleichterungen bezeichneten Waren bezahlen 70 Prozent des normalen Zolls.

6. Die Manipulationsgebühren, die bei der Zollabsättigung der Waren erhoben werden, sind in Goldfranken, beginnend in Prozenten festgesetzt worden in der Verordnung vom 18. 12. 23 (Dz. u. R. P. Nr. 135 aus dem Jahre 1923 Pos. 1127).

7. Die Einzahlung von Vorschüssen auf Deckung der Zollgebühren ist geregelt durch die Verordnung vom 10. 1. 1924 (Dz. u. R. P. Nr. 7).

8. Die Verabredungsverlehr ist geregelt durch die Verordnung vom 18. 12. 23 (Dz. u. R. P. Nr. 137 aus dem Jahre 1923 Verordn. über die Anerkennung des Wortlautes des Art. 12 der Verordnung über den Zolltarif, sowie durch die Verordnung vom 18. 12. 1920 über das Zollverfahren (Dz. u. R. P. Nr. 11 aus dem Jahre 1921 Pos. 64).

Von der Emissionsbank.

Ein Aufruf der Banken an die Bevölkerung.

In einer vom Dr. Szarejki, dem Vorsitzenden des „Grawel Banków“, einer jüdischen Versammlung in der Remberter Industrie- und Handelskammer wurde beschlossen, daß von seiten der polnischen Banken ein Aufruf an die Bevölkerung zur Zeichnung für die Emissionsbank erlassen wird.

Neue Zeichnungen.

Bon neuen Zeichnungen für die Emissionsbank werden u. a. erwähnt: Magistrat der Stadt Poen 260 Aktien, Bank Franckfuco-Belgijsk 100 Aktien, Cynlownia Warsaw 50 und Spolka Zelazno-Borowowa 25 Aktien.

Frankreich soll arbeiten.

Eine Steuerdebatte in Paris. — Die eigenmächtige Erhöhung der Entschädigungsansprüche. — Angriffe Lardieu. — Um die Wieder-aufbauforderungen.

In der Kammeröffnung vom Montag begann nach Erledigung der üblichen Vorlagen die Debatte über die zwangsläufige Steuererhöhung. Der erste Redner, Engerand, erklärte, daß er für diese Erhöhung stimmen werde, wenngleich diese Erhöhung nicht populär sei. Dieses Opfer, das Frankreich geben muß, ist notwendig, um den Feinden Frankreichs die Waffe aus der Hand zu wenden, seine Währung zu vernichten. (Immer sind es die anderen, die Frankreich schlägt!) D. Red. Der Redner spricht sehr lange über die Zeitung im Lande und bleibt auch bekannte Gemeinden nicht fern. Unter anderem aber sagt er: „Wir haben uns zu lange auf die Normen verlassen, Deutschland müßte bezahlen!“ Dieses Motto muß in Zukunft durch das Wort erzeugt werden: „Frankreich muss arbeiten!“ Diese Morgenröte, die hier in der Kammer aufleuchtete, ist jedoch nur ein Strahl, der bald wieder verlischt, und die Debatte wird abgebrochen.

Am Nachmittag mußte die Stellung unterstrichen werden, weil die Kommunisten einen Antrag eingereicht hatten, der die Vollmacht der Untersuchungskommission über die Wiederaufbau in den befreiten Gebieten verstärken soll. Desjardins

vorausgesetzt, aber ich bitte, lassen Sie das Schloß beobachten. Sollten wir etwa recht haben, so wäre es durchaus nicht unmöglich, daß eben der Mann aus irgendwelchen Gründen noch einmal in das Schloß wollte.“

Cromer konnte die Erregung nicht bemeistern.

„Was hätten wir alle dem Mergener abzubringen!“

„Nur nicht so früh, wir wissen ja noch nichts.“

Sie kamen zum Amtsleiter, der den Notar Winkler und den Dr. Cromer kannte; Schlüter stellte sich nicht erst vor.

„Entschuldigen Sie, Herr Amtsleiter, bei der verstorbenen Guisherschaft war doch ein Kutschler, namens Gemme?“

„Ganz recht!“

„Der Mann ist mit empfohlen, und ich wollte gern einige Erkundigungen einziehen.“

Der Bauer wiegte bedächtig den Kopf.

„Ein ganz fester Kerl!“

„Sie als Amtsleiter müssen doch wissen — ist Ihnen irgend etwas über sein Vorleben bekannt?“

„Durchaus nicht!“

„Wie alt ist er denn eigentlich, und wo stammt er her?“

„Das werden wir gleich haben!“

Der Mann kramte in seinen Papieren.

„Hier ist die Abmeldung! August Gemme, dreißig-zwanzig Jahre alt, ledig, geboren in Greifenberg in Pommern.“

„Also, Sie würden mir den Mann empfehlen?“

„Was heißt empfehlen? Ich glaube, er war ein guter Kutschler, freilich wohl auch ein leichter Bruder, der hinter den Mädeln her war.“

Schlüter lachte.

„Wenn weiter nichts ist — also — ich danke, Herr Amtsleiter!“

Sie gingen hinaus.

„Schreiber, haben Sie sich gemerkt?“

„Alles auf die Manschette geschrieben, Herr Doktor.“

„Dann also das Bild, Herr Notar, wenn Sie so freundlich sein wollen.“

wünschte über diese Stellungnahme zu erfragen, warum sich die Regierung bisher dazu nicht geäußert habe. Poincaré sagt, daß die Regierung von diesem Antrag nichts erfahren habe. Desjardins hält es für unmöglich, einer Untersuchungskommission verfälschte Dokumente zu geben, als deren zweiter Vorsteher ein Ankläger, der Sozialist Ingheles, fungiert. Dieser Mann hat das Recht, in den Alten seiner Gegner nachzufragen, und er hat bereits den Journalisten mitgeteilt, daß unter 165 000 geprüften Entschädigungsansprüchen zwei Drittel unzureichend erhöht worden sind. (Protest links.) Poincaré bedauert, daß diese Auseinandersetzungen wieder die Verhandlungen der eigentlichen Aufgabe verziehen, doch es soll der Kommission das Recht gegeben werden, Zeugen unter Eid zu vernnehmen, und falls der Eid verworfen wird, soll das Gericht einscheiden.

Engheles: „Ich will Herrn Desjardins erwidern, daß wir alle in der Untersuchungskommission es als Ehrenjude betrachten, den Leuten, die sich an Kriegsschäden bereichert haben, ihre Gewinne wieder abzuziehen. Von 85 Milliarden kommen 15 Milliarden auf arme Leute; das übrige sollen große Fabrikanten und Industrielle schlucken. Wer gegen diese Untersuchung protestiert, treibt Wahlpropaganda. Wir tun unsere Pflicht.“ (Beifall.)

Dann kommt endlich die Diskussion wieder auf den Artikel 3, der Steuerverordnung. Hier spricht Lardieu. Er bezweifelt, daß die Verordnung dem Franken wird müssen können; doch wenn die schwere Belastung der Bürger Vorsteile bringt, so wird sie getragen werden müssen. Die Hauptfrage bleibt: „Wieviel der Franken steigen, wenn Frankreich 20 Prozent mehr Steuern zahlt?“ „Ich antworte: Kein!“ erklärte Lardieu. „Die Finanzpolitik muß ein Teil der allgemeinen Politik sein, wenn sie direkte Wirkungen auf die Währung haben soll. Für sich allein ist sie wirkungslos, oder doch: sie wird die Wirkung haben, das Leben noch mehr zu verteuern. Wenn aber der Franken in Frankreich an Kaufkraft einbüßt — wie kann er dann in Auslande an Wert gewinnen? (Beifall.)“ Ghe die Regierung neue Opfer verlangt, hätte sie eine Politik einzuleiten müssen, die unseren Kredit und unsere Einigkeit vor dem Auslande verstärken. Schon lange hätte die Verteidigung des Franken beginnen müssen. Wir sollen mit jetzt mit einer Schuldenlast von 70 Milliarden auf den Kurswert des Franken einwirken! Nicht die Beziehung des Autogebietes hat die Waffe veranlaßt, sondern die traurigen Ergebnisse dieser Beziehung. Wir haben nicht erreicht, was wir erreichen könnten.“

Nicht was an der Regierung positiv sei, habe der Frankfurter verlangt, sondern was an ihr negativ sei. Voriges Jahr ist der Franken gefallen, aber im Januar ist der Franken gestiegen. Die Vorschläge der Regierung sind improvisiert. Von einer Steuerreform, von Sparmaßnahmen ist nicht die Rede, auch eine neue Verwaltungsreform hat uns diese Regierung nicht gebracht. Die Regierung hat nicht die Vertrauensfrage gestellt, als die Vermehrung der Pensionen erreicht werden sollte; sie hat nicht an Sparmaßnahmen gedacht, als sie Hunderte von Millionen an gewisse Völker des Ostens verliehen hat. (Die gewissen Völker des Ostens, das ist ein sehr bemerkenswertes Wort! D. Schrift.) Und dann die Entwicklung des Franken. Noch am 26. Dezember hat der Finanzminister erklärt, daß der Franken nicht geschrückt wird, und einige Tage später beginnt die Regierung eine große Tat: sie zieht nämlich einen Holländer aus demselben, der an der Börse spekuliert hat. (Gelächter.) Das waren die ganzen Verteidigungsmaßnahmen, von denen die Regierung so prahlend sprach. Und erst nach dem Schlag vom 14. Januar erkennt die Regierung, daß zu allem Anstrengung nötig sei. Und jetzt erst regnet es Pläne, Projekte, Zeitungsnachrichten, Spargesetze und was dergleichen mehr ist. Man denkt, daß siegreiche Frankreich erscheint vor einigen Börsenmännern in Amsterdam. Es geht so nicht weiter. Einige Tage der Arbeit machen nicht zwei Jahre der Datenlosigkeit gut. Die Regierung kennt in keiner Kammeröffnung ein festes Ziel. Heute verlangt sie rasche Taten, ich habe keine Lust, so schnell zu marschieren, so wie das Kommando erwartet. Ich denke nicht an die kommenden Wahlen, sondern an den Gedanken, der diese Wahlen beherrschen soll. Die Entwicklung der Beamten, Handwerker, Pensionäre — sie ist da, was werden wir in dieser Zeit zu hören haben? Die Kommunisten werden das gleiche Spiel treiben, das sie vor 25 Jahren trieben. In Scharren wird das Volk in die Gewerkschaft der Mühberger Straße strömen. Billant Courier: „Es lebe die dritte Internationale!“

Lardieu (fortlaufend): Diese Internationale wird nicht leben, wenn wir unsere Vernunft bemühen. Ich bin nicht gegen eine neue Steuer, wenn sie überlegt und begründet ist. Aber ich bin gegen eine gefährliche Improvisation, die sich unter dem Druck der Börse vollzieht. Ich befürchte die Kasse, Muße zu bewahren und sich nicht durch Angstgesetze verblüffen und ins Bodenröhren jagen zu lassen.

Lardieu Rede machte großen Eindruck. Jeder Angriff gegen die Regierung saß wie ein Stein. Die Sitzung wurde unterbrochen.

Ein neues Programm des Friedens.

Die Programmrede Mac Donalds. — Europas Wiederaufbau. — Deutschland soll in den Völkerbund. — Hoffnungen auf günstige Lösung der Reparationsfrage.

London, 13. Februar. Heute nachmittag hat der englische Premierminister vor dichtgefüllten Bänken im Unterhause seine Programmrede gehalten, während zu gleicher Zeit Lord Haldane im Oberhause sprach. Die Erklärung ist in ihrem Teil der Außenpolitik ein Beweis dafür, daß ein Regierungswechsel in England nicht viel mehr bedeutet, als eine Änderung der Taktik und der Nuancen in der Sprache. Die großen Ziele, welche die Arbeiterpartei in England heute aufstellt, nämlich dauernder Friede in Europa, wirtschaftlicher Wiederaufbau und Einschränkung der Rüstungsbestrebungen, sind heute das Gut, das allen englischen Parteien gemeinsam ist. In der inneren Politik, die nur in allgemeinen Umrissen behandelt worden ist, wurde das energische Bestreben bestoßt, auf einer mittleren Linie langsam, unter Bezugnahme auf die gegenwärtigen Verhältnisse, der Not zu helfen. Die Regierungserklärung war im großen ganzen nicht die typische Erklärung, die von einer Arbeiterrégierung für gewöhnlich zu kommen pflegt, sondern hätte in jedem anderen Staate ebenso von den Demokraten, den Bürgerlichen und Sozialdemokraten gegeben werden können.

Mac Donald, der nach der Wahl Youngs (Arbeiterpartei) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterhauses das Wort erhielt, beton von seiner Partei genoss zu Beginn herzliche Gratulationen. Er begann seine Rede mit der Feststellung, daß niemals ein Ministerpräsident unter ähnlichen Umständen, wie den augenblicklichen, zum Unterhause gesprochen habe. Keine der Parteien habe eine reine Mehrheit, und die konservative Partei sei die stärkste. Die Umstände, unter denen die Neuwahlen erfolgt seien, haben es unmöglich gemacht, daß die konservative Partei Regierungspartei bleiben könnte. Daher hätte die Arbeiterpartei als die zweitgrößte Partei die Verantwortung der Regierungsgeschäfte übernommen. Diese Aufgabe würde seiner Ansicht nach gewisse Änderungen im Unterhause notwendig machen. Der Abkommen werde sich mehr als Mitglied des Hauses, denn als Mitglied seiner Partei fühlen und sich bei Abstimmungen danach verhalten müssen. Der Opposition würde es nicht gelingen, die Arbeiterpartei durch eine Abstimmung in einer unbedeutenden Frage zum Rücktritt zu zwingen. Die Arbeiterregierung würde zurücktreten, wenn sie in wichtigen Streitfragen eine Niederlage erleidet und in Fragen des Prinzips. Sie wird ferner zurücktreten, wenn die verantwortlichen Führer einer Partei einen Misstrauensantrag einbringen und begründen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Ramsay Mac Donald, daß die Regierung entschlossen sei, die Beschlüsse der Reichskonferenz über die Vorzugsplätze der Kolonien im Parlament zur Entscheidung vorzulegen. Die Wohnungspolitik wolle er so gestalten, daß so viele Wohnungen gebaut werden könnten, daß die Arbeiter für ihre Wohnungen wöchentlich nur neun Schilling zu bezahlen brauchten. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werde die Regierung größere Ausuhilfekredite zur Verfügung stellen und den Handel in jeder Beziehung zu verbessern suchen. Die Regierung habe nicht die Absicht, Kapital und Kredite flüssig dem Handel etwa zur Ausführung unnötiger öffentlicher Arbeiten zu entziehen. Mac Donald wandte sich sodann der Außenpolitik zu. Russlands Anerkennung sei eine notwendige Voraussetzung gewesen, um die außerordentlich schweren Aufgaben zu lösen, alle russisch-russischen Probleme zu bereinigen. Der russische Sondergesandte sei auf dem Wege nach Moskau, um sich die notwendigen Instruktionen für die vorstehenden Verhandlungen zu beschaffen. „Ich werde darauf bestehen, daß Russland endgültig die Propaganda gegen England einstellt.“

Wenn nicht etwas Unvorhergesehenes eintrifft, hofft die englische Regierung, daß eine Einigung über die Behandlung der europäischen Fragen herbeigeführt werden kann. Frankreich habe von einer englischen Politik nichts zu befürchten. England würde vielleicht nicht immer in der Lage sein, alles das zu tun, was Frankreich tut, aber es erwarte auch nicht, daß Frankreich ihm in allen Bestrebungen folgen werde. Ramsay Mac Donald betonte, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich entstehen könnten, die man nicht durch guten Willen und Ehrlichkeit regeln könne.

Man müsse die Reparationsfrage vom französischen Standpunkt, vom englischen Standpunkt, aber auch vom europäischen Standpunkt aus betrachten und alles tun, um eine befriedigende Lösung zu finden. Deutschland müsse in den Völkerbund eintreten, und es bestehe Hoffnung, daß Russland gleichfalls eintreten werde. Wenn Amerika erfahren werde, in welchem neuen Geiste

diese Probleme jetzt behandelt würden, würde es sich sicher bereit erklären, seinen Anteil zur Lösung beizutragen.

Mac Donald schloß, wenn die Regierung vor Ende der Woche für sich würde, so würde sie doch der Geschichte dieser Zeit ihre Beileid aufgedrückt haben. Sie würde etwas geleistet haben durch den Beginn einer neuen europäischen Politik und durch die neue Haltung Frankreichs. Die Regierung sei darauf aus, Vertrauen zu gewinnen. In diesem Geiste beabsichtige die Arbeiterpartei ihr Amt zu führen. (Beifall bei der Arbeiterpartei.)

Der Premierminister beantragte darauf die Verlängerung des Hauses. Der Führer der Konservativen, Baldwin, zollte der Rede Mac Donalds Anerkennung, indem er erklärte, sie sei von außerordentlichen Interessen getragen.

Haldanes Rede im Oberhause.

Im Oberhaus legte Haldane die Politik der Regierung dar, wobei er gleich zu Anfang betonte, daß er sich nur mit den allgemeinen UmrisSEN seiner Politik befassen könne. Die Lage in Mittel- und Osteuropa sei zu übel. Im Auslande sage man, daß England sich nur aus Handelsgründen hier interessiere, und dies sei auch infolgerichtig, als England niemals die Arbeitslosigkeit loswerde, solange Europa nicht wieder hergestellt sei. Das bedeute aber nicht, daß nicht auch moralische Gesichtspunkte für die englische Politik maßgebend seien. Was in bezug auf Russland geschehe, sei nur ein erster Schritt. Denn Russland wie Deutschland müßten selbst auf ihre Rettung hinarbeiten. Deutschland habe hiermit auch schon insoweit begonnen, als es seine Wirtschaft stabilisiert und auch sonst einige Fortschritte gemacht habe.

Lord Haldane kam nun auf die Beziehungen Englands zu anderen Staaten zu sprechen, wobei er besonders betonte, wie viel der neuen Regierung an der Aufrechterhaltung der Freundschaft mit Frankreich liege. Trotzdem sei nicht zu leugnen, daß einige Schwierigkeiten dieser Freundschaft im Wege ständen. Frankreich verlangt erhebliche Reparationen, zweitens Sicherheit. Man könne aber nicht mehr Reparationen von Deutschland bekommen, als Deutschland zahlen kann. Die Drogé sei jetzt, was Deutschland zahlen könne. Dies werde augenhilflich untersucht. Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, so sei es auch der Wunsch Englands, daß Frankreich sich sicher fühle, und nur in der Methoden gingen beide Länder auseinander. Auch fürst Bismarck habe seinerzeit gewarnt, auf Generalalarm hören, wenn sie Ratschläge in bezug auf die auswärtige Politik erdenken. Lord Haldane erwähnte jedoch seine Mission in Berlin im Jahre 1912 und stellte hierbei dem Reichsflanger Behmann-Hollaeg das Zeugnis aus, daß er durch und durch ein patriotischer Mann gewesen sei. Er habe aber gegen die Erfolge des deutschen Militärs nicht aufkommen können. Lord Haldane sprach dann über die Notwendigkeit einer allgemeinen Artilerie. Freilich könne England sich nicht allein wehren machen. Zum Völkerbund übergehend, erwähnte er, daß Deutschland und Russland in den Völkerbund aufgenommen werden müssten.

Für die Opposition antwortete Lord Turzon, der im allgemeinen eine äußerst milde Kritik an der neuen Regierung übt. Lord Turzon sah, daß Mac Donald es sich nicht werde auf die Dauer leisten können, daß er den Posten des Premierministers mit dem Posten des Ministers des Auswärtigen verbinde. Vor Sozialismus habe er in Lord Haldanes Rede nicht eine Spur wahrgenommen können. Mit allem, was Lord Haldane über Frankreich sagte, könne man durchaus übereinstimmen. Er begrüße es, daß Bonaparte und Mac Donald so freundschaftliche Briefe gewechselt hätten, die Drogé in der Pfalz sich gebessert habe und daß die sogenannte Blockade von Köln aufgehoben worden sei. Was die Befreiung der Ruhr betrifft, so habe sie auch die alte Regierung genehmigt. Er stimme mit der Regierung darin überein, daß man erst die Berichte der Sachverständigen abwarten müsse, bevor man irgend etwas in der Reparationsfrage unternehmen könne. Was die Konferenz von der man so viel hoffe, betrifft, so hängt sehr viel davon ab, in welchem Geiste und zu welchem Zweck diese Konferenz einverufen würde. Es sei zu begrüßen, daß die Regierung Englands sich nicht wehren machen mölle. Es müsse aber ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die öffentliche Meinung Englands sehr beunruhigt darüber sei, daß Englands Zustreitkräfte nicht stark genug seien. Auch die alte Regierung habe gewußt, daß der Völkerbund ohne Deutschland nicht vollständig sei. Aber sie habe hierbei nicht übersehen, daß Frankreich Widerspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erhoben habe.

Sowjetrußland.

Die russische Telegraphen-Agentur meldet: Tschitscherin erklärte Pressevertretern, die Anerkennung Sowjetrußlands durch England vor anderen Entente-Mächten werde weitgehende Bedeutung besitzen. Der Schrift Mac Donalds habe bereits seine Rückwirkungen auf das internationale Kräfteverhältnis geäußert. Die Auslegung der englischen Anerkennungsnote durch die Gegner der Sowjetrepublik sei von leicht zu durchschauenden Absichten geprägt und sind völlig hilflos. Die Regierung Mac Donalds erkenne durchaus die Bedeutung der Kreide für den beliebigen Nutzen. Mussolini sei, so führte Tschitscherin weiter aus, hinter Mac Donald etwas zurückzubleiben, doch sei die beschleunigte Anerkennung Sowjetrußlands seitens Italiens ein höchst vernünftiger Schritt, der erzielbare Ergebnisse bald zeitigen werde. Gerade im gegenwärtigen Augenblick erfüllte die Stellung Frankreichs eine ungünstige Wendung, die Kleine Macht zerstörte. Spanien näherte sich Italien. In der Schulden- und Nationalisierungsfrage habe Frankreich die Unbeugsamkeit Sowjetrußlands erkennen können. Alle Einsichtserklärungen nützen nichts. Wolle man etwas von Sowjetrußland, so müsse man etwas zu bieten haben.

Frankreichs Erklärung in London.

Nach einer Meldung des „Secolo“ aus London galt der letzte Besuch des französischen Botschafters bei Ramsay Mac Donald der Darlegung der französischen Auffassung über ein Abkommen wegen der Reparationspolitik. Die französische Regierung meinte, wenn ein Abkommen zwischen England und Frankreich möglich und wünschenswert sei, müsse es auch sofort versucht werden. Eine internationale Reparationskonferenz müßten eine Reihe von Begegnungen zwischen den beteiligten Mächten vorangehen, damit man vorher über die wichtigen Punkte zu einer Einigung gelange. Die französische Regierung sei auch bereit, die Möglichkeit einer internationalen Garantie für die Sicherheit Frankreichs unter den Auspizien des Völkerbundes zu erwägen zu ziehen. Weil habe der Botschafter erklärt, die französische Regierung sei zu einer teilweisen Räumung des Kriegsgebietes bereit. Dadurch wolle sie der englischen Auffassung entgegenkommen, wonach die Rückeroberung den englischen Interessen schadet und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas hinderlich sei. (Von diesen Meldungen über französisches „Entgegenkommen“ sind in den letzten Tagen wiederholt durch die Presse gegangen; sie sind bis auf weiteres mit großer Vorsicht aufzunehmen. D. Red.)

Der „Temps“ spricht über die Aufzeichnungen, die der deutsche Botschafter Dr. v. Hoesch gestern überreichte, daß das Memorandum etwa zwanzig Seiten darf und die Antwort der deutschen Regierung auf die französische Note enthält.

Aus den Ballenstaaten.

Eine englische Anleihe für Litauen.

Die Anleiheverhandlungen zwischen England und Litauen stehen vor ihrem Abschluß. Die Anleihe, die von der englischen Regierung garantiert werden soll, soll eine Million Pfund betragen. Litauen benötigt zurzeit 12 000 Tonnen Eisenbahnschienen, 800 Waggons, 40 Lokomotiven und 140 Brücken. Diese Aufträge sollen an englische Firmen vergeben werden, um hiermit auch zur Milderung der Arbeitslosigkeit in England beizutragen. Wie der litauische Gesandte in London, Carnetis, einem Vertreter des „Evening Standard“ erklärte, müßte Litauen eine engere Annäherung an England und eine Erweiterung der englisch-litauischen Handelsbeziehungen. Bis jetzt gingen 20 Prozent der litauischen Ausfuhr nach England, während nur 3% Prozent der litauischen Einfuhr aus England kommen. Vielleicht sei die englische Geschäftswelt zu vorsichtig und bedenkt nicht, daß Litauen ein Land von 24 000 Quadratkilometern sei, das seine geographische Lage zwischen Ost- und Westeuropa von großer Bedeutung sei und das es trotz der schweren, durch die Entwicklung des Rubels und der Mark erlittenen Verluste eines der wenigen europäischen Länder sei, das eine stabile Währung besitzt. Für den raschen Aufschwung Litauens sei es bezeichnend, daß sein Viehbestand heute größer sei, als vor dem Kriege. Litauen brauche keinen lauter Waren, die England liefern könnte. Das

Der Völkerbundausschuß in Memel.

Am Montag vormittag besichtigte der am Sonntag vormittag in Memel eingetroffene Memel-Ausschuß des Völkerbundes die Hafenanlagen. Um 1 Uhr wurden die Vertreter der Presse empfangen, wobei der Vorsitzende des Ausschusses, Davis, die Ziele des Ausschusses darlegte. Er wünschte, die einzelnen wirtschaftlichen und politischen Verbände zu hören, um sich über die Wünsche der Bevölkerung zu unterrichten. Der Ausschuss will spätestens bis zum 1. März seinen Bericht fertig haben, um ihn dem Völkerbund vorlegen zu können. Davis machte seine Ausführungen in englischer Sprache und ein Dolmetscher übersetzte ins Deutsche. Die von den Vertretern der Presse in deutscher Sprache gestellten Fragen wurden ins Englische übersetzt.

Sowjetrußland.

Tschitscherin und die Anerkennungen.

Die russische Telegraphen-Agentur meldet: Tschitscherin erklärte Pressevertretern, die Anerkennung Sowjetrußlands durch England vor anderen Entente-Mächten werde weitgehende Bedeutung besitzen. Der Schrift Mac Donalds habe bereits seine Rückwirkungen auf das internationale Kräfteverhältnis geäußert. Die Auslegung der englischen Anerkennungsnote durch die Gegner der Sowjetrepublik sei von leicht zu durchschauenden Absichten geprägt und sind völlig hilflos. Die Regierung Mac Donalds erkenne durchaus die Bedeutung der Kreide für den beliebigen Nutzen. Mussolini sei, so führte Tschitscherin weiter aus, hinter Mac Donald etwas zurückzubleiben, doch sei die beschleunigte Anerkennung Sowjetrußlands seitens Italiens ein höchst vernünftiger Schritt, der erzielbare Ergebnisse bald zeitigen werde. Gerade im gegenwärtigen Augenblick erfüllte die Stellung Frankreichs eine ungünstige Wendung, die Kleine Macht zerstörte. Spanien näherte sich Italien. In der Schulden- und Nationalisierungsfrage habe Frankreich die Unbeugsamkeit Sowjetrußlands erkennen können. Alle Einsichtserklärungen nützen nichts. Wolle man etwas von Sowjetrußland, so müsse man etwas zu bieten haben.

Ausland und Italien.

Bei einer Besprechung der Anerkennung Sowjetrußlands durch Italien erklärte Radetzki in der „Stampa“, daß Italien politisch mit dieser Anerkennung in Verbindung mit dem jugoslawischen Vertrage die Sicherstellung des italienischen Einflusses im Mittelmeer beabsichtige, während das wirtschaftliche Ziel Italiens dabei sei, für seine Industriefabrikate einen russischen Absatzmarkt zu eröffnen und Rohprodukte, wie Getreide, Naphta und Kohle unter billigen Frachtabdruckungen als Gegenleistungen zu erhalten.

Eine baltisch-russische Eisenbahnkonferenz ist in Petersburg angesammelt. An der Konferenz nehmen auch Riga, Lettland und Estland teil. Gegenstand der Beratungen ist der unmittelbare Frachtdienst und die Ausarbeitung von Bestimmungen über die gegenwärtige Berechnung.

Russland und der Vatikan.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Rom soll die Unterschrift des italienisch-russischen Vertrages im Vatikan einen aufgezeichneten Eindruck hervorgerufen haben. Es werde verächtigt, demokratische Verhandlungen über die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Russland einzubilden und die Verhandlungen ostren wollten zur Ernennung eines päpstlichen Nuntius in Moskau und eines russischen Vertreters beim Vatikan führen.

Neue kommunistische Putschpläne in Deutschland.

Moskau gibt die Direktiven. — Energische Gegenmaßnahmen der Polizei. — Verhaftungen in Königsberg.

Der württembergischen Landespolizei war es gestern gelungen, in Stuttgart durch Verhaftung eines kommunistischen Kuriers unter Beschlagnahme des von ihm mitgeführten Materials, den Planen zu erhalten, die die Kommunisten für den 13. Februar den Planen gehabt hatten, im ganzen Deutschen Reich Demonstrationen zu veranstalten, zu dem Zweck, um blutige Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen. Daß es sich tatsächlich um eine groß angelegte, von der Moskauer Zentrale angeordnete kommunistische Aktion handelt, bestätigen Meldungen, die vereinbart waren aus Königsberg, Leipzig, Braunschweig und Düsseldorf einlaufen.

Die Kommunisten, denen die rechtzeitige Aufdeckung ihres Vorhabens einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, blasen nun ab und wollen mit ihren Demonstrationen bis zum Zusammentreffen des Reichstages am 20. Februar marschieren. Man kann jedoch sehr wohl annehmen, daß ihr ganzes Unternehmen in Wasser gefallen ist. Man muß nämlich wissen, daß diese ganze Putschaktion bereits am 8. Februar geplant war, um dann auf den 13. Februar verschoben zu werden. Der Grund zu dieser Verschiebung war die Interesselosigkeit aller Schichten, die bei ähnlichen Gelegenheiten früher von den Kommunisten auf die Beine gebracht worden sind. In fast allen Betrieben, in denen die kommunistischen Maßnahmen ergriffen worden sind, waren die Vorbereitungen für die beabsichtigten Strafanstaltungen so gut wie abgeschlossen, und am Montag Abend fand eine lebhafte Zusammenkunft kommunistischer Führer über Einzelheiten der Durchführung statt. Die Polizei hatte Kenntnis von dieser Zusammenkunft erhalten, griff zu und verhaftete sämtliche 85 Teilnehmer. Aus einer mit Schreibmaschine geschriebenen Anweisung an die kommunistischen Ortsgruppen in Preußen geht hervor, daß am 18. Februar mit allen Mitteln der Versuch gemacht werden sollte, die Gewalt in die Hände der Kommunisten zu bringen. Die Betriebe sollten geschlossen, die Erwerbslosen möglichst vollzählig herangezogen und durch Erfordungen festgestellt werden, welche Gegenmaßnahmen Polizei und Reichswehr ergreifen hätten. Besondere geheime Anweisungen ergingen an die Proletarischen Hundertschaften. Jeder verheiratete Genosse sollte seine Frau zu der Demonstration mitbringen, und die Frauen sollten sogar die vordersten Reihen bilden. Die Landarbeiter wurden aufgefordert, in den Kreisstädten die Wucht der Demonstration zu verstärken.

Immerhin ist es nicht so ganz sicher, daß die ganze vorbereitete Aktion so ruhig abläuft. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß es

In kurzen Worten.

Dr. Stroemann hat heute den französischen Botschafter empfangen; er hatte als Reichsminister des Äußeren eine Unterredung, die etwa eine Stunde dauerte.

Die deutsche Regierung hat auf die Wahlreform, die in diesen Tagen dem Reichstag zugehen sollte, verzichtet, nachdem sie bei den Parteien sondierte und feststellen konnte, daß die Bevölkerung außerordentlich groß sind.

Die Berliner Sachverständigenberatungen sind beendet. Heute vormittag findet nur noch eine kurze Schlusserkundung der Unterkommission für Budgetfragen statt.

Alle drei Kinder des italienischen Königspaars werden sich in den nächsten Tagen verloben. Der Kronprinz Umberto mit



Graue Haare
beseitigt dauernd unbemerkt
„Orientine“
und gibt Ihnen die natürliche Farbe wieder, Glanz und Weichheit; einfach im Gebrauch, unbedingt unschädlich.
Überall erhältlich.

Parfumerie d'Orient, Warsowie.

Die Geburt
eines Sonntagsjungen

zeigen hocherfreut an

Alfred Möbius u. Frau
Marecrele, geb. Uebel.

Smilow, Jaracz, den 12. Februar 1924.

Hackmaschinen

System „Woolnough“
(wie von Lehne gebaut)

für Getreide und Rüben

lieiert bei rechtzeitiger Bestellung in
allen Breiten — deßgl. Hackmesser.

Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfssortikel,
Fette und Öle.

Poznań, ul. Szw. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

Swinemünder Zeitung

Amtl. Kreisblatt für den Kreis Usedom-Wollin

80. Jahrgang

Weitverbreitete, angesehene Tageszeitung
In weitem Umkreis am meisten gelesen

Täglich über 10 000 Auflage

Dekanates Anzeigenblatt. — Viele kleine
Anzeigen. — Inserate haben durch-
schlagender Erfolg. — Hervorragender
Nachrichtendienst. — Eigene Berliner
Redaktion. — Gutes Provinz- u. Heimatblatt.

**Mädchen-, Knaben- u.
Säuglings-Wäsche**

in großer Auswahl empfohlen

S. Kaczmarek, ul. 27. Grudnia 20.

Deutschland!

— **Rittergut** —

(Hinterpomm.), nahe Stadt, 1040 Morgen. (900 Acker
50 Hufen, 80 Schöning, 10 Park), gut geb. u. nacht.,
für 350 000 M. zu verkaufen. Anzahlig. etwa
200 000 M. Angeb. unter B. N. E. 5095
11051 an Alte Haasestein & Vogler, Berlin W. 35.

Wir können sofort vom Lager liefern:

Luzeerne
gelbe Edendorfer Rübensamen
1. Abt.
gereinigte Heradella, Rosslee
und alle übrigen Samenarten.
Mit Preisangaben stehen wir zur Verfügung.

Landwirtschaftl. Handelsgesellschaft
T. z. o. p.
Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Suche mit Großwaldbesitz und Großhandel direkte Verbindung
für große Hollandanlagen in starker Elche u. Aeser,
Bau- und Schnittholz. Kommissionäre erwünscht.
Richter, Breslau II, Palmenstraße 18.

Geden Posten
frische Kiefern-, Eichen-, Birken-
u. Erlen-Holzen geben ab waggonweise.
St. Nowacki, Poznań, ul. Fabryczna 1. Tel. 3644.

Bierapparat,
2 Hähne dergl. Tische u. Stühle sind g. verkaufen. Anfragen
ul. Jezuicka 35 (nr. 21m. + frak.). Garantie aus l. rechten.

10—15 Wagon Kartoffelfoden
zu kaufen gefordert. Preisangebot unter A. 5399 an die
Gesellschaft dieses Blattes erbeten.

Schüler-Pension
für Schüler der Universität offenkundig als auch Nachhilfe. Höheres unter 5391 an die
Gesellschaft dieses Blattes erbeten.

3 Zimmer

und Küche, davon 2 eleg. eine gerichtetes Herren- u. Schülerräume eisf. Pacht. Telefon
ausserdem noch Räumlichkeiten auch zu Geschäftszwecken ges. eignet. Beste Bezahlung. Ang. u. 5398 a. d. Gesellschaft d. Bl. eis.

Belämmigung.

In den Gewerbevereinigungen am 27. 12. 23 und
24. 1. 24 ist die Auslösung unserer Gewerkschaft be-
schlossen worden. Die Gläubiger werden hiermit aufge-
fordert, sich zu melden.

Poznań d. 9. Febr. 1924
Bezugsgenossenschaft für
Brennmaterialien,
Sp. z. o. o. in v. qu. action.
Die Liquidatoren:
Hallstein, Schlesky.

Möbelarten

auch außerhalb preisw. und
gewisshaft führt ans Mag
Bernhardini, Möbelhändler
alleje Mietlowskiego 3b.

Kazimierz Kużaj, POZNAN

Schlossfach 157

Woźna 12 — W. Garbary 19 (Eckhaus, 2 Minuten vom Alten Markt).

CENTRALA DYWANÓW

Teppichzentrale.

Spezialhaus in- und ausländischer Teppiche. Von einfacher Art
bis zu hochwertigsten Erzeugnissen der Teppich-Kunst.

Inte — Boucle — Velour —
Tournay — Smyrna — Perser.

Beste Qualitäten! Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Ständige Ausstellung ohne Kaufzwang.

Alleinverkauf der Firma:

„Bieltitzer Teppichindustrie“.

Diese Teppiche sind aus bestem Teppich-Kammgarn nach
Art der Perser künstlerisch handgeknüpft und echt getärbt.
Obgleich dieses Erzeugnis den Orientteppichen gleich-
wertig ist, stellt sich solches im Preise um das vier-
fache billiger. — Künstlerische, dauernde Wertoberte.

**Versicherung gegen
Mißernien**

Ich möcht' mir gegen Frühlingsschall sichern und
dafür 40%iger Düringatz

Praktische Versuche haben bewiesen, daß sich
eine **Kalidüngung** selbst
bei ungünstiger Witterung noch gut bezahlt macht!

Kostenlose Ratschläge zur richtigen Düngung erteilt: Posener Saatbaugesellschaft, Poznań, Wjazdowa 3.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 14. 2. 7½ Uhr: „Die Hugenotten“.
Große Oper von Meyerbeer

Freitag, den 15. 2. Theater der Generalprobe wegen
geschlossen.

Sonnabend, den 16. 2. 7½ Uhr: „Anhänger“, Oper
von R. v. Z. (Abonnement unzulässig).

Sonntag, den 17. 2. nachm.: „Hoffmanns Ge-
zählungen“, Oper von Offenbach. Er-
mäßigte Preise.

Sonntag, den 17. 2. 7½ Uhr: „Der Zigeuner-
baron“, Romantische Oper von Strauß.

Das Jahr 1840.

Bor den Augen des Betrachters en. voll sich ein
farbiges Bild der damaligen Sitte und beson-
ders der charakteristischen und merkwürdigen Ge-
wänder in dem neu wiedergegebenen Film

→ **Bohème** →
der nur bis einschließlich Sonntag vorge-
führt wird im

TEATR PAŁACOWY, Plac Wolności 6.
Beginn der Vorstellungen um 4 1/2, 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr.

Andacht in den
Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A

Wolinica.

Freitag, 15. Februar, abends

5 1/2 Uhr.

Sonnabend, morg. 7 1/2 Uhr.

nachm. 5 1/2 Uhr Mincha mit

Jugendandacht u. Bredigt

Sabbatmahl abends 5 1/2

57 Min.

Werktag-Andacht.

Mittags 7 Uhr und abends

5 1/2 Uhr.

Synagoge B

Ulica Dominikańska.

Israel. Brüdergemeinde.

Freitag, 15. Februar, abends

5 1/2 Uhr.

Sonnabend 16. Februar, vor-
mittags 10 Uhr.

K. Gaertig & Sp.

T. z. o. p.

Poznań

Przedsiębiorstwo elektrotechniczne

Gegr. 1903

Installations-Abteilung

ul. Pocztowa 26 Tel. 3584

führt aus

Elektrizitäts-Werke für Güter u. Gemeinden
Elektrische Beleuchtungs-Anlagen

Elektrische Kraftübertragungs-Anlagen

liefert

Akkumulatoren-Batterien
Installations-Material
Metalldrahtlampen

Werkstatt-Abteilung

ul. Półwiejska 35 Tel. 3584.

repariert fabrikmäßig

Elektromotore
Dynamomaschinen
Elektrische Apparate

liefert

Elektrische Maschinen neu und gebraucht.

1—2 wöbl. Zimmer

für 2 Personen der sofort

gerichtet. Beste Bezahlung. Ang.

u. 5398 a. d. Gesellschaft d. Bl.

Wellbereiter Kaufmann,
dermigr., sucht die Verbindung
mit möglichst Kaufleuten. Brü-
me mit Wohnung, zwecks event.

Heirat.

G. schw. t. u. Verm. erwünscht

aber nicht Bedingung. Offiz.

Ang. u. 5397 a. d. Gesellschaft d. Bl.

Gasmotor

leistung 5 1/2 PS. fass. neu.

billig zu verkaufen. Ang.

u. 5388 a. d. Gesellschaft d. Bl.

Oberschlesischen

Hütten-

Roß

Gash

liefert sofort

Handelshaus

Edw. Kapinski,

Poznań, Freidz. 4.

Tel. 33-95.

Synagoge B

Ulica Dominikańska.

Israel. Brüdergemeinde.

Freitag, 15. Februar, abends

5 1/2 Uhr.

Sonnabend 16. Februar, vor-
mittags 10 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 14. Februar.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gesetzliche Stadtverordnetenversammlung, in der u. a. die neue Gehaltsordnung der städtischen Beamten und kontraktlich Angestellten erörtert und die Bezeichnung von 250 Aktien der Bank Polens zu 100 Goldmark beschlossen wurde, eröffnete der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Krieglowksi mit der Bekanntgabe einer Eingabe, worauf Stadtrat Bugzel von der Christ. Demokratie den Magistrat über die Preise für Wasser, Gas und Elektrizität interpellierte.

Der Redner wies auf die erhebliche Heraussetzung der Kohlenpreise hin, die mit zu den Gründen der Erhöhungen gehöre, und fragte, ob und in welchem Maße der Magistrat die Preise für den Verbrauch von Wasser, Gas und Elektrizität herabsetzen gehe.

Stadträtin Katalanski antwortete, dass der Magistrat trotz der letzten Erhöhung der Handwerker- und Löhne um 21 v. h. keine Erhöhungsvorlage eingebracht habe. Doch soll der Steuerungsbeirat für die erste Hälfte des Monats, der einen kleinen Rückgang der Unterhaltsbelastungen rechtfertigen dürfe, in den nächsten Tagen in Erwügung gezogen werden.

Nachdem noch die Stadtrö. Habel und Koralowski zu der Interpellation gegeben hatten, trug der Stadtrat die Anordnung einer Karte die Haupthebungen des Ausgang vorziger Woche vom Ministerrat bestätigten.

Festigungsgeländevertretung zwischen der Stadt und dem Kriegsministerium

Nach dem Vortrag, der ein Schriftmacher zur Großstadtentwicklung Posen ist, ergab die Militärverwaltung 182 Morgen, darunter drei Katarenlage, und zwar die Pioneer, die Train- und die Artilleriere, während die Stadt 593 Morgen erhielt. Das in den Besitz der Stadt gelangte Gelände ist für den Ausbau der Stadt bestimmt. Der Magistrat dankt hier an die Belehrung und den Bau eines Krankenhauses, eines Bismarckturms usw. Das Ausbau am Ende der Straße Posen wird in den nächsten Tagen mit den diesbezüglichen Berechnungen beginnen.

Dann mußte Bravurouen aufgenommenen Ausführungen des Stadtpräsidenten folgte der Bericht des Stadtr. Woyciechski über

die neue Gehaltsordnung

der städtischen Beamten und kontraktlich Angestellten. Die Vorlage wurde in m. g. e. Kommissionssitzungen von drei Sachverständigen aus verabschiedet, und zwar wurde die wirtschaftliche Lage der Beamten und Angestellten und die Zahlungsfähigkeit der Stadt erwogen. Eine Parallelrechnung zwischen den Beamten der Kommune und des Staates. Mit den Kosten der jährlichen Wiederholung verglichen, standen sich die kommunalbeamten schlechter, da ihre Bezüge nur 40 Prozent der Bruttogehälte vertragen. Während die Löhne der Arbeiter die vorliegende Überschreitung hätten. Während einerseits die Preislage auf dem Warenmarkt die Erhöhung gefordert wurde, möglicherweise andererseits die trotz der Steuerquellen noch normale Lage der Stadtkassen berücksichtigt werden. Ein Vergleich zwischen den Staats- und den kommunalbeamten ergab, dass die erzielten bessere Befreiungsberechtigungen und verschiedene Vergünstigungen haben. Die Erhöhung der Gehaltsvorlage nach den drei Geschäftspunkten führt dazu, dass die vom Magistrat vorgeschlagenen Gehaltsätze reduziert und die Existenz der kommunalbeamten um ungefähr 25 bis 30 Prozent verbessert wurde.

In der Aussprache beantragte Stadtr. Leitgeber eine günstigere Berechnung der Dienstjahre, und zwar sollte statt des Verhältnisses 6:1 das Verhältnis 3 Jahre auf 6 Jahre genommen werden.

Stadtr. Berlinowski trat dafür ein, dass der Repräsentationsfonds des Bürgerpräsidenten Dr. Kiedasz weiter erhöht würde.

Stadtr. Pluciński wiss. darauf hin, dass andere Kommunen ihre Beamten besser bezahlen. Er beantragte, dass der Leiter des Schlachthofes nicht der 1. Gruppe angehören, sondern wie die Direktoren befördert werden sollte.

Stadtr. Sniadecki beantragte den Hinweis auf die bessere finanzielle Lage der Arbeiter und Handwerker damit, dass das eben an der Organisation liege. Redner trat für die Feuerwehrleute ein.

Stadtr. Karski erklärte, dass die beschlossenen Gehaltsätze ausreichend seien. Man müsse bedenken, dass eine weitere Belastung der Stadtkasse zur Katastrophe führen könnte. Von einer Gehaltsbeschränkung der Beamten könne nicht die Rede sein, da doch den Beamten zugelegt worden sei. Wenn der Stadtrat voll wäre, würde er der erste sein, der für einförmlichere Befolgungssätze eintreten würde.

Stadtr. Bugzel wies auf die im Fluss befindlichen Verhältnisse hin und erklärte die neue Gehaltsordnung für ein wundervolles Provisorium.

Stadtr. Stark sagte, dass es irrational wäre, mehr zu geben. Redner hielt das neue Gehalt der Stadträte an, das mehr als eine Milliarde betragen soll.

Der Rechtsanwalt, Stadtr. Woyciechski trat dem Vorwurf entgegen, dass die Beamten benachteiligt worden wären. Der Vorwurf rührte aus bösem Willen oder falscher Information her.

In der Abstimmung wurden die Anträge Leitgebers, Stadtr. Karski und Pluciński mit fast der gleichen Stimmenzahl abgelehnt. Es wurde nur ein Antrag des Stadtr. Sniadecki auf Heraufsetzung der Schuldenrate um eine Gehaltsklasse angenommen.

Nachdem dann die Gehaltsordnung, die vom 1. Januar gelten soll, en bloc angenommen worden war, wurden die

Entschuldigungsscheine für die Belehrer

des Gewerbes und des Kaufmannsgerichts, da sie nicht mehr zeitgemäß sind, auf 500 000 M. für die erste Stunde und 200 000 M. für jede weitere volle oder angefangene Stunde erhöht.

Stadtr. Kowalewski hatte eine Verdopplung der beschlossenen Sätze beantragt.

Die Vorlage über den

Bau eines zweiten Obdrehenheims

auf der Rybaki (fr. Fischerrei) wurde im Sinne des Referenten, des Stadtr. Wallenfeldt, der verschiedenen Anderungen vorgeschlag, angenommen. Die Baustützen sind auf 180 000 Schweizer Franken veranschlagt.

Den Schluss der Sitzung bildete der Beschluss der

Beauftragung von 250 Aktien der Emissionsbank.

Die sofort zu entrichtende Summe von rd. 8 Milliarden M. wurde widerprüflich bewilligt; die Restsumme ist bis zum 31. März zu zahlen. Die Verteilung der 250 Aktien gestaltet sich folgendermaßen: Die Gasanstalt übernimmt 50 Aktien, das Elektrizitätswerk 50, der Schlachthof 50 und die Kapital- und Schuldenverwaltung 100 Aktien.

Stadtr. Maciejewski wies als Rechtsanwalt darauf hin, dass Lemberg sich nur zu 25 Aktien habe ausspielen können, während die polnischste Stadt Polens an dem Sanierungswerk weit größeren Anteil genommen habe.

Unbedeutliche Poststempel.

Wer hat sich beim Empfang von Briefen nicht schon darüber ängstigt, wenn alle seine Bemühungen, an dem Poststempel der Aufgabeort des Briefes zu erscheinen, daran scheiterten, dass der Aufstellort und die Aufgabedatei unleserlich waren. Nun liegt es aber gewiss im Interesse der Briefempfänger, namentlich von Geschäftsleuten, stets feststellen zu können, wann ein Brief abgeschickt und wann er bei dem bestellenden Postamt eingetroffen ist. Sehr oft ist aber von dem Poststempel nur der schwarze Kreis deutlich erkennbar, und alles andere ist selbst den geübtesten und

besten Augen völlig verschlossen. Da die Abschaffung der Postsachen außer dem Zweck der Entwertung der Briefmarken auch dazu dienen soll, die Beförderungsweise feststellen zu können — das letztere ist alleiniger Grund der Ankunftsstempel —, so sind unleserliche Poststempel eine überflüssige Arbeitsleistung der Postbehörde. Man wird deshalb zugeben müssen, dass hierin ein Übelstand liegt, dessen Folgen, wenn auch nicht oft, so doch ab und zu sich unangenehm fühlbar machen können. Dem ist um so eher zuuhelfen, als es von Seiten der abschaffenden Beamten nur etwas größerer Sorgfalt bedarf, um die Stempelabdrücke lesbar zu machen. Deshalb kann hier auch die zeitweilige Eile und der Geschäftstrang bei der Abschaffung keine genügende Entschuldigung richten. Man simple also denkbar oder gar nicht!

Registrierung der Reichsdeutschen. Das Deutsche Generalpostamt in Posen hat uns um Aufnahme folgender Notiz gebeten: Zwecks Regelung der Postangelegenheiten wird jeder in der Wojewodschaft Posen wohnende Reichsdeutsche hierdurch in seinem eigenen Interesse erachtet, sich gelegentlich, möglichst bis zum 15. März d. J., persönlich bei den deutschen Poststellen zu melden, und zwar 1. die in den Kreisen Bromberg (Stadt und Land), Kolmar, Czarnikau, Höhensalza, Sirelno, Schwab, Wongrowitz, Wirsitz, Zinna wohnenden Reichsdeutschen bei der Deutschen Poststelle in Bromberg; 2. die in allen übrigen Kreisen der Wojewodschaft Posen wohnenden Reichsdeutschen bei der Deutschen Poststelle in Posen. — Zu dringenden Bedürfnissen gelingt vorläufig eine schriftliche Anmeldung, in der anzugeben ist: Vorname, Familienname, Geburtsdatum, Geburtsort, Stand, jetziger Wohnort, Namen der Ehefrau und der Kinder, Bezeichnung des reichsdeutschen Passes (Nummer, Datum der Ausstellung des Passes und Bezeichnung der ausstellenden Behörde).

* Die Absicherungsfrist für die Vermögenssteuer-Einschätzungen geht, werauf nochmals hingewiesen sei, mit dem morgigen Freitag, 15. d. Mts., zu Ende.

* Der Posttarif für die zweite Februarhälfte, den wir in der gestrigen Ausgabe bekanntgegeben haben, gilt erst von Sonnabend, dem 16. d. Mts., ab, also für Postsendungen, die in der Nacht zum Sonnabend nach Mitternacht bei der Post eingeliefert werden. Bis dahin gilt noch der bisherige, teilweise etwas höhere Tarif der ersten Februarhälfte.

Wichtig für Ber. äußer. von Laufjahr. Der Pomorska Izba Starcowa (Pommersches Seniorenamt) teilt mit, dass die Direktion des politischen Tabakmonopols diejenigen Interessenten, die im Staatslichen Magazin Tabakerzeugnisse einzukaufen wollen, von der bisherigen Pflicht des persönlichen Erscheinen für die folge entbindet. Diese neue Bestimmung gilt seit dem 1. Februar. Es genügt somit eine schriftliche Bestellung, um neue Ware zu erhalten. Dieser muss der Nachweis der Bezahlung des Kaufpreises auf Rechnung des D. P. M. T. (Tabakmonopol-Deputation) beigelegt sein.

Warnung vor der Arbeitssuche in Danzig. Das polnische Generalkonsulat in Danzig warnt ungelernte Arbeiter aus Polen, nach Danzig einzuziehen, um dort Arbeit zu suchen, da dort der Arbeitsmarkt für Ungelernte von Tag zu Tag ausichtsloser werde.

* Eine stark übertriebene Namenstagsfeier scheint sich ein Mann in den letzten Jahren gelebt zu haben, der heute nach in völlig verdecktem Kostüm am 1. Februar unter dem Namen Walenty am Gedenktag der Heiligen Walentij namens und heute der Tag des heiligen Valentin in, so in anzunehmen, dass er zu den zahlreichen Mußwohnern Posen gehört, die heute ihren Namenstag feiern können.

* Einen billigen Eierkauf leisteten sich am vergangenen Freitag auf dem Sopchaplatz drei hier zugereiste Handwerker, um sie einem Landwirt 30 Mandeln Eier abzukaufen und ihn batzen, ihnen die Eier auf seinem Fuhrwerk nach Hause zu schaffen, wo auch die Bezahlung erfolgen sollte. Der Landwirt in ihrer Begleitung nach der ul. Szwedzka Wiel. Wys. 1 (fr. Bittoriastraße), wo er halten musste. Während einer die Eier an den Händler trug, dieses aber durch einen Ausgang nach dem Platz Nowy Dwór (fr. Königsplatz) wieder verließ, blieben die beiden anderen beim Fuhrwerk und warteten angeblich auf die Rückkehr ihres Genossen mit dem Gelde, und verschwanden schließlich spurlos. Sie machten selbstredend die Eier sofort zu Geld. Diese sind aber inzwischen bei den Käfern beschädigt worden und lagern jetzt beim 6. Polizeikommissariat in der ul. Franciszka Natajczaka 31 (fr. Mitterstraße). Dort kann sich der gesuchte Landwirt zur Wiederentspannung der Eier melden. — Gleichfalls als Diebesbeute beschädigt wurde eine große Nickelherrenbüchse mit kurzem silberner Kette, die am Ende einen Perlmuttknopf trägt. Die Eigentümer kann sich im 1. Polizeikommissariat in der ul. Ceglia (fr. Taubenstraße) melden. — Endlich wurde noch auf dem 5. Polizeikommissariat (Wallstraße) einem Manne eine Kanne mit 20 Litern offenbar gestohlenen Benzins abgenommen. Der berechtigte Eigentümer kann sich im 5. Kommissariat melden.

* Diebstähle. Gestohlen wurden: nach dem Einschlagen einer Fensterscheibe an einem Lagerraum Ecke ul. Zydowska und ul. Garbarska (fr. Juden- und Kleine Gerberstraße) 150 Hasenfüße, 4 Marderfüße und ein Fuchsfell im Gesamtwert von 400 Millionen; von Starz Ahne (fr. Alter Markt) ein vierdräger Handwagen im Wert von 50 Millionen; aus einer Wohnung Schröder 8/9 eine Ceste mit Hasen im Wert von 60 Millionen; aus einem Fleischergelände Pręcznica 2 (fr. Wittelsbacherstraße) für 700 Millionen Fleisch- und Wurstwaren.

* Als Diebe festgenommen wurden der 19jährige Arbeiter Gimač, der 21jährige Stanislaus Niuniak und der 33jährige Michał Galoski, alle drei aus Posen, die einem Landwirt in Kunikowo mehrere Pferdegeizeite und verschiedene Kleidungsstücke von erheblichem Wert gestohlen hatten.

* Ein „edles“ Brüderpaar, die Arbeiter Tadeusz und Antoni Tomaszewski aus Posen, erschien gestern in einem Laden ul. Wodna 24 (fr. Wasserstraße), angeblich um dort einen Überzieher zu kaufen. Aus dem Handel wurde jedoch nichts. Dagegen erhielten die beiden Junglinge einen Überzieher im Wert von 100 Millionen unentgeltlich mitzunehmen. Sie konnten jedoch ergriffen und ihre Beute ihnen wieder abgenommen werden.

* Polizeilich festgenommen wurden heute fünf: 17 Männer, 7 Frauen, 3 Verunreinigte, 1 Beiner 2 Dackel und 3 gesuchte Personen. * Peres, 11. Februar. Auf dem heutigen Wochenmarkt verlor ein recht wohlhabender Buer aus der Umgegend dadurch Betrug, dass er gekaufte Butter fehlte, deren innerer Inhalt aus Kartoffelpüree bestand. Er wurde der Polizei übergeben. Fünfmal hat dieser Mann derlei Beträgerien auf dem heutigen Wochenmarkt schon verübt, ohne dass es gelang, ihm zu entlarven, bis diesmal eine Käuferin die Butter angeschnitten und deren Inhalt feststellte.

* Czerni, 13. Februar. Die Arbeiterin Antonina Czerni aus Czernia bei Czerni hatte ihre drei Kinder in der Stube eingeschlossen, zurückgelassen und war in das Dorf zum Mädelnhof gegangen. Die beiden jüngeren Kinder befanden sich noch im Bett. Der älteste Knabe hat nun offenbar mit dem Feuer gespielt und dabei das Bett angezündet. Die zurückkehrende Mutter und die Stube mit Rauch angefüllt, das Bett verloft und ihre drei Kinder tot vor.

* Gąs, 13. Februar. (Privattelegramm.) Heut wurde auf einem ländlichen Weinfest im Dorf Urbanowo durch fauliges Umgehen des 13jährigen Schulmädchen Lauer mit einem offenen Licht ein massiver Stall eingeschert. Zwei Schweine und 8 Hühner standen in den Flammen ihres Tod. Der

Gesamtstaat begibt sich auf vier Milliarden. Die 45jährige Witwe Josefa Kaczmarek kam bei einem Heizungsversuch in den Flammen um.

* Thorn, 11. Februar. Die Kälteserien in den städtischen Schulen, die wegen Mangel an Brennstoffen seitens der Unterricht wieder aufgenommen.

* Tuchel, 11. Februar. Aus dem Gebiet der Republik Polen mit einer Frist von vier Wochen ausgewiesen wurde, wie die Deutsche Zeitung für Pommern berichtet, der wissenschaftliche Lehrer Emil Gronke von hier. Er war 1910 nach Tuchel gekommen und hatte in zehnjähriger pflichtreuer Tätigkeit an der höheren Privatbibliothek gewirkt. Kurz vor der Übergabe kehrte Gr. nach Bempsburg über und trat als Lehrer in den Staatsdienst. Januar 1924 kehrte er wieder nach Tuchel zurück und übernahm die Leitung der höheren deutschen Privatbibliothek. Ende Juli 1922 wurde ihm als Ausländer das Recht als Leiter und die Schriftlichkeit vom Schulrat in Thorn untersagt. Jetzt wurde ihm der Ausweisungsbefehl ohne Angabe von Gründen zugesetzt.

Aus Polisch-Schlesien.

* Radowitz, 10. Februar. Ein Bombe angeschlag wurde auf das deutsche Museum in Laubahütte verübt. Unbekannte Täter haben nachts in die Räume des Hüttenbahnhofs, wo das Museum untergebracht worden ist, eine Bombe geworfen. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hundert Millionen Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

* Danzig, 12. Februar. Ein furchtbares Familiendrama hat sich im Danziger Werder ereignet. Die Cheftau des Hoffeckers Roth in Edzarpau bei Brunsau ist am Sonnabend ermordet aufgefunden worden. Der Täter hat sein Opfer erst erschossen und dann erhängt. Unter dem dringenden Verdacht der Tat ist, nach der „D. A. P.“, ihr Ehemann verhaftet worden.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

* Richard Strauss' Oper „Intermezzo“ ist für Amerika um 50 000 Dollar erworben worden.

* Das Leipziger Konservatorium ist erneut in arge wirtschaftliche Bedrängnis geraten und wird einen Teil seiner Lehrlinge entlassen müssen, weil nicht nur zahlreiche deutsche, sondern auch ausländische Schüler wegen der in Deutschland herrschenden Dauerung die Auflösung verlassen haben. Den Vorstand des Konservatoriums hat neuerdings der Großindustrielle Dr. v. Philipp übernommen.

* Gustav Mahlers nachgelassene Schöne Sinfonie wird ihre Uraufführung am Sonntag des Komponisten, dem 18. Mai, an der Wiener Staatsoper erleben.

* Hoffmann v. Fallersleben, der Dichter des Deutschen Liedes, wird durch die Stadt Göttingen geehrt, indem eine Gedächtnisplatte an dem Hause Johannistraße 27 angebracht wird, wo der Dichter 1816 bis 1819 gewohnt hat.

* Die Münchener Neue Pinakothek ist durch zwei neue Säle erweitert worden, in denen die dem bayerischen Staat geschenkte Gemälde Sammlung Röttler mit Meistern aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts untergebracht wird.

* Franz Wedekind's historisches Schauspiel „Bismarck“, ferner Karin Simeonows Drama „Mächte“ und Ludwig Fulda's Komödie „Die Gegenkandidaten“ wurden vom Deutschen Schauspielhaus in Hameln zur Uraufführung angenommen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Ankündigungen unserer Zeitungen gegen Einwendung der Bezugsszettel unentgeltlich, aber ohne Gewalt erlaubt. Weilige Auskunft erhält nur ausgewiesene und wenn ein Briefumschlag mit einem Marken besiegelt)

S. in B. 1. Ob Ihre Braut als polnische Staatsbürgerin deutscher Nationalität angesehen ist oder nicht, lässt sich nicht ohne Weiteres sagen, da die Angabe darüber, ob sie in Polen geboren ist, fehlt. Von polnischer Seite wird sie aber zweifellos nicht als solche angesehen, da sie 1920 abgewandert ist. 2. Haben wir für Sie ausgeschlossen? Wegen der Beantragung der Fragen 3—5 wendet sich Ihre Braut am besten an das polnische Generalpostamt in Berlin B. 35, Kurfürstenstraße 123.

X. In Y. Die von Ihnen erwähnte Vollmacht genügt.

U. St. in W. S. Haben Sie denn unsere ausführlichen Artikel nicht gelesen? Sie können aber müssen nicht die Vermögenssteuer gleich auf einmal bezahlen. Vielmehr kann diese Steuer innerhalb zweier Jahre in 6 Raten bezahlt werden. Die Zahlungstermine werden jedesmal bekannt gegeben.

M. S. K. Unseres Erachtens ist der Käufer, wenn ihm die Schuld an der nicht rechtzeit

